

# Leisere Strassen sollen länger halten

Schallschluckende Beläge verlieren rasch ihre Wirkung. Das will das kantonale Tiefbauamt jetzt ändern.

Michel Ecklin

Als «revolutionär» bezeichnet die Baselbieter Bau- und Umweltschutzdirektion (BUD) ihr neues Unterhaltskonzept für die Kantonsstrassen. Es sieht vor, dass das Tiefbauamt seine Strassenabschnitte mit lärmindernden Belägen regelmässig reinigt und abschleift. Für Laien klingt das erst mal banal, es hat aber einen ganzen Rattenschwanz von positiven Auswirkungen. Innerorts baut der Kanton nämlich seit zehn Jahren bei Sanierungen systematisch lärmarme Beläge ein. Die Poren schlucken die Abrollgeräusche der Fahrzeuge, und zwar so, dass das menschliche Ohr den Lärm als ungefähr halb so laut empfindet (minus drei Dezibel).

Allerdings hat der Belag auch Nachteile: Die Poren sind rasch mit Dreck verstopft, und nach wenigen Jahren sind sie vom ständigen Befahren eingedrückt. Bald schluckt der Belag kaum mehr Geräusche. Um die Lärmschutzwerte entlang seiner Strassen trotzdem einzuhalten, muss der Kanton die Beläge ungefähr alle sieben bis acht Jahre ersetzen, gegenüber einer Lebensdauer von rund 15 Jahren bei gewöhnlichem Asphalt.

Dabei sind die lärmarmen Beläge teurer als normale. Philip Bürgisser, stellvertretender Leiter Geschäftsbereich Kantonsstrassen im kantonalen Tiefbauamt, sagt: «Bisher haben wir den Belag eingebaut, uns aber nicht überlegt, wie wir ihn unterhalten sollen, damit er möglichst lange seine Wirkung erzielt.»

## Baselbieter Unterhalt ist schweizweit einzigartig

Mit dem Reinigen und Schleifen soll sich das ändern. Damit könne man die Hohlräume des Belags wieder zugänglich machen, wie die BUD gestern mitteilt. So einfach, wie das klingt, ist das nicht. «Es steckt ziemlich viel Know-how dahinter», erklärt



Am Pfeffingerring in Aesch hat der Kanton bereits lärmarmen Belag eingebaut. Bild: J. Junkov (11. Juli 2022)

Bürgisser: «Man kann eine Menge falsch machen.» Das Spezielle an der Baselbieter Methode sei die Kombination von Reinigen und Schleifen. Entschei-

dend sei auch der richtige Zeitpunkt der Intervention.

Das Tiefbauamt habe die Methode zusammen mit Fachleuten entwickelt. Schweizweit

sei sie einzigartig. Die BUD geht davon aus, dass das neue Unterhaltskonzept die Lebensdauer der lärmarmen Beläge um mehrere Jahre verlängern wird,

«Es steckt ziemlich viel Know-how dahinter.»

Philip Bürgisser

Stv. Leiter Geschäftsbereich Kantonsstrassen Tiefbauamt BL

laut Bürgisser auf 12 bis 15 Jahre. «Das gibt weniger Baustellen, produziert weniger Bauabfälle und Kohlendioxid, und die Anwohner sind zufriedener», so das erhoffte Ziel der Unterhaltsmassnahme, die erstmals in der zweiten Hälfte 2023 zur Anwendung kommen soll.

## Gemeinden werden Kanton um Rat bitten

Wie viel Geld der Kanton genau einsparen wird, kann Bürgisser nicht voraussagen. Er versichert aber: «Wir haben eine Modellrechnung gemacht, das Unterhaltskonzept lohnt sich.» Nicht vorgesehen ist, zusätzliche Abschnitte der Kantonsstrassen mit lärmindernden Belägen zu belegen. «Ausserorts macht das wenig Sinn», sagt er.

Interessiert an der neuen Unterhaltungsmethode des Kantons dürften die Gemeinden sein. Bei Sanierungen ihrer Strassen kommt oft der Wunsch auf, lärmarme Beläge einzubauen. Immer wieder heisst es dann, das sei zu teuer und die Wirkung dauere wegen der raschen Abnutzung nicht lange. Bürgisser rechnet deshalb mit entsprechenden Anfragen von interessierten Gemeinden an das Tiefbauamt.

## Parkgebühren: Offener Brief an Preisüberwacher

**Liestal** Die örtliche SVP verspürt in der Parkgebühren-Debatte Rückenwind: Vergangene Woche veröffentlichte Preisüberwacher Stefan Meierhans einen Bericht mit dem Titel: «Extreme Unterschiede bei Parkgebühren» (diese Zeitung berichtete). Hanspeter Meyer, SVP-Fraktionschef im Liestaler Einwohnerrat, nutzt den Anlass dazu, einen offenen Brief an den Preisüberwacher zu verfassen und darin auf den Gebührenstreit in Liestal zu verweisen.

Zum wiederholten Mal setzt sich Meierhans mit der Frage auseinander, wie die Gemeinden ihre Parkplätze bewirtschaften. Er untersuchte die Gebühren aller Schweizer Städte ab 20 000 Einwohnenden. Er empfiehlt in seinen Folgerungen, folgende Schwellenwerte bei Strassenparkplätzen (Weisse Zone) nicht zu überschreiten: 1.50 Franken für 1 Stunde, 3 Franken für 2 Stunden, 6 Franken für 4 Stunden, 15 Franken für 12 Stunden, 30 Franken für 24 Stunden; durchschnittliche Einnahmen pro Parkplatz pro Monat von 70 Franken.

Im Vergleich dazu dürfe man im Zentrum von Liestal «ruhig von Wucherpreisen» sprechen, schreibt Meyer. «Diese Abzockerei der Autofahrer ist inakzeptabel, weshalb wir den Preisüberwacher darum bitten, korrigierend einzugreifen.»

Erst seit Mai gelten in Liestal die neuen Gebühren von 3 Franken für eine volle Stunde. Ab 2023 soll die erste Stunde 4 Franken kosten. Damit würde Liestal im schweizweiten Vergleich obenaus schwingen. Lausanne, Luzern, Renens oder Zürich verlangen derzeit 3 Franken für die volle Stunde. (j/as)

## Nachrichten

### Baselstrasse in Laufen total gesperrt

**A18 wird saniert** Im Auftrag des Bundesamtes für Strassen (ASTra) saniert die Nationalstrassen Nordwestschweiz AG Abschnitte der A18. Dabei kommt es zu mehreren Verkehrsbehinderungen. In einer ersten Phase wird am kommenden Sonntag die Baselstrasse in Laufen komplett gesperrt. Eine Umfahrung wird signalisiert, heisst es. In einer zweiten Phase wird dann die Ricola-Kurve der Baselstrasse in Stand gesetzt. Dafür sind zwei Bauterminale angesetzt. Eine erste Instandhaltung findet bereits kommenden Samstag von 8 Uhr bis 18 Uhr statt. Der zweite Termin ist auf den Samstag, den 13. August, angesetzt. (bz)

### Erstmals Genusstage im Schwarzbubenland

**Kulinarik** Erstmals finden am 24. und 25. September im Schwarzbubenland Genusstage statt. Auf dem Wydenack-Areal in Dornach werden der Bevölkerung die kulinarischen Spezialitäten des Schwarzbubenlands präsentiert. Bereits 2020 und 2021 waren Genusstage geplant, sie mussten aber pandemiebedingt abgesagt werden. (bz)

# Nur wenige Betroffene wehren sich nicht

Gegen die Pläne der Gemeinde Arlesheim, den Ortskern besser zu schützen, gingen 42 Eingaben ein.

Benjamin Wieland

Arlesheim will sein historisches Zentrum besser schützen. Die Revision des Teilzonenplans Ortskern ist in Arbeit. Doch weil etliche der Betroffenen mit dem Vorgehen nicht einverstanden sind, verzögert sich der Prozess. Grundlage für die Finalisierung der Pläne wäre ein Mitwirkungsbericht. Wegen des grossen Widerstands gegen die Pläne konnte er jedoch noch nicht fertig erstellt werden. Die Zeit drängt: Die Revision des Teilzonenplans sollte laut den Plänen der Gemeinde schon diesen September der Gemeindeversammlung unterbreitet werden.

Wie die Gemeinde in einer Medienmitteilung mitteilt, seien im Rahmen der öffentlichen Mitwirkung zur Teilzonenpla-

nung Ortskern, die zwischen Februar und März stattfand, 42 Eingaben eingegangen – eine hohe Zahl, wenn man sie in Bezug setzt zur Zahl der betroffenen Gebäude: Im Ortskernperimeter liegen rund 60 private Liegenschaften.

Der Gemeinderat hatte nach Ende der Mitwirkung gesprochen, mit den Einsprechenden den Dialog zu suchen. Im Mai fanden nun, wie die Gemeinde weiter mitteilt, 22 Gespräche statt. Einige Eigentümer seien durch den Rechtsdienst des Hauseigentümergeverbandes Baselland unterstützt worden. «Sorgen und teilweise geschürte Ängste der Eigentümerschaft konnten in den Gesprächen aufgenommen und konstruktiv geklärt werden», schreibt die Gemeinde.

Die eingebrachten Vorschläge würden in die weitere Planung einfließen.

## Arbeit der Kunsthistorikerin kostete 25 000 Franken

Mittlerweile habe der Kanton der Gemeinde zwingende Änderungen und Verbesserungsvorschläge für die Entwürfe gemeldet, schreibt die Gemeinde weiter. Als Datum für die öffentliche Präsentation des überarbeiteten Teilzonenplans und des Teilzonenreglements wird neu August angegeben. Die Beschlussfassung ist weiterhin für die Gemeindeversammlung vom 21. September vorgesehen. Ursprünglich plante die Gemeinde die Präsentation der definitiven Vorlage bereits im Juni.

Eine Einwohnerin wollte vom Gemeinderat zudem wis-

sen, wie viel die bisherigen Planungen gekostet haben. Im Auftrag der Gemeinde hat Kunsthistorikerin Doris Huggel die Immobilien begutachtet. Gemäss den schriftlichen Antworten des Gemeinderats kosteten die Arbeiten 25 000 Franken. Zu jedem Objekt gibt es nun einen Beschrieb samt Fotos und Bauakten. Total wurden gemäss Gemeinde 119 Objektbeschreibungen erstellt; das ergibt einen Aufwand von 210 Franken pro Objekt.

Im Rahmen der Revision der Teilzonenplanung, die auf 2019 zurückgeht, sollen auch rund 70 Bäume einen höheren Schutzstatus erhalten. Dieses Kataster wurde intern erarbeitet.

Die Revision der Teilzonenplanung Ortskern hat zum Ziel, die Quartierplanung Ortskern aus den 1970er-Jahren zu erset-